

„Ein Prosit der Gemütlichkeit“

SPiegel-Redakteur Bruno Schrep über die Herkunftsstätte von Saddam Husseins Giftgas-Laboratorien

Wenn Sie hier durchfahren“, verspricht Bernd Abeln, CDU-Bürgermeister der hessischen Stadt Dreieich, „sehen Sie viel Positives.“

Das ist nicht übertrieben. Die Stadt vor den Toren Frankfurts, nur wenige Kilometer vom Rhein-Main-Flughafen entfernt, liegt im Grünen. Die Finanzen sind in Ordnung, die Pro-Kopf-Verschuldung der 39 000 Einwohner ist weitaus geringer als in den umliegenden Großstädten. „Es lohnt sich, hier zu leben“, schwärmt Bürgermeister Abeln.

Doch zum Kummer des Bürgermeisters ist Dreieich vor allem außerhalb Hessens durch einen riesigen Haufen Dreck bekannt geworden. Am Rande des Ortsteils Dreieich-Buchsschlag, eines Fleckens von rund 3000 Einwohnern, liegt die größte Hausmülldeponie Europas. 20 Jahre lang haben dort die Frankfurter ihren Abfall abgeladen. Auch die Hoechst AG kippte dort über 100 000 Tonnen Chemiemüll weg, hochgiftige Dioxine und Furane inklusive.

Die Deponie, die im Mai letzten Jahres dichtgemacht wurde, stinkt. Früher protestierten die Bürger öfter mal gegen die üblen Gerüche. Mittlerweile haben sich die meisten an den Gestank gewöhnt. Demonstriert wird jetzt gegen anderes: gegen ein Übel, das man nicht sehen und nicht riechen kann, das die Stadt aber weitaus schlimmer in Verruf gebracht hat als jeder Dreck.

Allerdings beteiligen sich auch nur wenige Einheimische am Protest, Widerstand kommt vorwiegend von außen – von Mitgliedern der jüdischen Gemeinde Frankfurt zum Beispiel, die mit Gasmasken ins Industriegebiet von Dreieich-Buchsschlag ziehen.

Dort residieren laut städtischem Prospekt „große, teils internationale Firmen“, die mit ihrem Angebot das Prädikat „Made in Dreieich“ zu einem „Begriff für Qualität“ hätten werden lassen. Der Zorn der Demonstranten richtet sich gegen eine besondere Variante hessischer Wertarbeit: die Mitwirkung an der Produktion von irakischem Giftgas, vor dessen Einsatz die Bewohner von Tel Aviv und Jerusalem nächtelang zitterten.

Mit Transparenten („Gas – ein Meister aus Deutschland“) haben sich die Demonstranten vor dem häßlichen Zweckbau des Exportunternehmens Karl Kolb GmbH aufgebaut. Die Firma, die bis vor kurzem mit dem Slogan „Im Dienste der Menschheit durch Dienst an der Wissen-



Jüdische Demonstranten vor dem Kolb-Firmengebäude: „Wahnsinnige Wut“

schaft“ geworben hat, steht seit langem im Verdacht, Geräte für Saddam Husseins Giftgasfabrik in Samarra geliefert zu haben.

„Die Ereignisse von damals kommen wieder hoch“, sagt Fella Reich, 71, die trotz ihres Alters mitdemonstriert. Ihre Eltern, ihre Geschwister und ihr sechs Monate alter Säugling sind in Auschwitz vergast worden. Jetzt hat sie Angst, daß auch ihre Freunde und Verwandten in Israel getötet werden „durch dieses deutsche Gas, das schon so viele Millionen umgebracht hat“.

Jüngere Mitglieder der jüdischen Gemeinde, die den Holocaust nur aus Schilderungen kennen und schwer verstehen können, warum sich die Großeltern-Generation ohne Gegenwehr in die deutschen Vernichtungslager schleppen ließ, reagieren aggressiver. Er empfinde „wahnsinnige Wut“, erklärt der 20jährige Marc Grünbaum, der wie die anderen Demonstranten nicht daran zweifelt, daß die Vorwürfe gegen die Firma Kolb stimmen. Zusammen mit Altersgenossen skandiert er: „Nie wieder Gas.“

In seinem Büro im ersten Stock sitzt Kolb-Geschäftsführer Helmut Maier und weist jede Schuld von sich. „Ich bin doch selber ein Opfer“, klagt er mit Enttäuschung in der Stimme.

Der Manager, der sich vom kleinen Angestellten zum Boß hochgearbeitet hat, räumt ein, natürlich sei in den Irak geliefert worden. Allerdings nur von einem Tochterunternehmen, der „Pilot Plant“. Die Firma, seit 1985 in Liquidation, habe jedoch lediglich „handelsübliche Laboreinrichtungen für die Pflanzenschutzmittel-Forschung“ in die Wüste geliefert – und sonst gar nichts.

Obwohl die Lieferungen aus Dreieich zur Giftgasproduktion „nicht geeignet“ seien, so beschwert sich Maier, würden er und seine Mitarbeiter mit anonymen Morddrohungen traktiert und als „Händler des Todes“ diffamiert.

In der aufgeheizten Atmosphäre seien „sachliche Gespräche nicht möglich“. Deshalb hat der Chef das Firmenschild abmontieren lassen, deshalb redet er auch nicht mit den Demonstranten vor seiner Tür: „Ich empfinde zwar mit ihnen, aber mehr hat zur Zeit keinen Zweck.“

Klaus Fraenzel, Mitgesellschafter und jahrelang Firmenrepräsentant in Bagdad, plagt ähnliche Probleme. „Bei jeder Talk-Show wird man genannt“, beschwert sich der Irak-Experte, „man ist abgestempelt.“ Obwohl Fraenzel in den Fabriken von Samarra ein und aus ging, will er von den bösen Absichten der Ira-



Verdienstkreuz-Verleihung an Seniorchef Kolb (l.): „Imposante Erscheinung“

ker nichts mitgekriegt haben. Bei der Staatsanwaltschaft Darmstadt, wo seit 1987 die Ermittlungen gegen die Firma Kolb eher schleppend betrieben werden, machten die Unschuldsbeteuerungen der Kaufleute aus Dreieich jahrelang großen Eindruck. Vor allem der stets zuvorkommende, immer korrekt wirkende Geschäftsführer Maier, verheiratet, zwei erwachsene Kinder, hat die Fahnder irritiert.

„Kann ein Mensch so überzeugend lügen?“ fragte sich ein Staatsanwalt, dem Maier wiederholt geschworen hatte, Waffengeschäfte verletzten seine „Grundüberzeugungen“, die Vorwürfe seien schon deshalb haltlos. „Ich bin in der glücklichen Lage“, versichert der Geschäftsmann auch heute noch, „daß alle, die mich gut kennen, von den Anschuldigungen genauso entsetzt sind wie ich.“

Der Ermittler wäre beinahe weich geworden. „Man hätte mit dem Mann mitweinen können“, erinnert er sich. Doch im August letzten Jahres entschied sich der Staatsanwalt, Maier nicht länger zu glauben. Der Boß, sein Mitgesellschafter Fraenzel und ein Ingenieur wurden verhaftet; sie sind nur gegen eine Kaution von jeweils 200 000 Mark in Freiheit.

Den Ausschlag gab ein Gutachten des Schweizer Professors Werner Richarz. Der war nach zweijährigen Untersuchungen zu der Überzeugung gelangt, in der Fabrik in Samarra könnten zwar keine modernen Unkrautvertilgungsmittel hergestellt werden, die Anlage sei aber zur Produktion der Nervengifte Lost und Tabun „gut geeignet“.

Einen deutschen Gutachter hatten die Staatsanwälte nicht auftreiben können, die Herren Chemiker drückten sich. „Was für ein Armutszeugnis für die deutsche Wissenschaft“, schimpft Georg Nauth, Sprecher der Darmstädter Staats-



Protest-Parole in Dreieich-Buchschiag
„Man ist abgestempelt“

anwaltschaft. Immerhin: Kurt Dialer, 70, pensionierter Ordinarius für technische Chemie an der TU München, nahm sich des Themas an: Der Professor erstellte ein Gegengutachten – im Auftrag der Firma Kolb.

Bis Mitte der achtziger Jahre hatte der Betrieb einen guten Namen. Vor allem Firmengründer Karl Kolb, 88, den selbst der Staatsanwalt als „imposante Erscheinung“ in Erinnerung hat, beeindruckte durch weltgewandtes, betont seriöses Auftreten.

Im Juni 1983 – die Irak-Lieferungen waren in vollem Gange, der amerikanische Geheimdienst CIA hatte ersten Verdacht geschöpft – bekam Karl Kolb das Bundesverdienstkreuz umgehängt.

* Mit Kolb-Geschäftsführer Helmut Maier (Pfeil) und Bürgermeister Hans-Jürgen Moog am 20. Juni 1983 im Frankfurter Römer.

Der Seniorchef, der sich vom Tagesgeschäft zurückgezogen hat, aber noch Firmenanteile besitzt, wurde für die Erfüllung „entwicklungspolitischer und außenwirtschaftlicher Aufgaben“ geehrt. Durch den Export „spezieller Laborgeräte in Entwicklungsländer“, hieß es in der Laudatio, habe sich die Firma „weltweit Anerkennung erworben“.

Die Meriten von gestern sind jedoch nichts mehr wert. Seit die Kolb GmbH im Verdacht steht, im Giftgas-Geschäft mitgemischt zu haben, bleiben die Aufträge aus. Das Unternehmen ist kaputt, muß liquidiert werden. „Alle Rechnungen werden bezahlt“, versichert Geschäftsführer Maier, „wir bleiben niemandem etwas schuldig.“

Verloren haben nur die Angestellten. Zwei Drittel der rund 70 Mitarbeiter sind bereits gefeuert worden, für den Rest ist am Jahresende Schluß. Einen Betriebsrat, der die Erstellung von Sozialplänen hätte überwachen können, hat

es bei der Exportfirma nie gegeben. „Das Klima war so gut, daß kein Bedarf bestand“, behauptet der Chef. Die wenigen Gewerkschaftsmitglieder trauten sich nicht, den Mangel zu reklamieren.

Negative Auswirkungen hat der Zusammenbruch auch für Dreieich, das künftig auf die Gewerbesteuer der Kolb GmbH verzichten muß. Zwar wiegelt Bürgermeister Abeln ab, die „eher kleine Firma“ habe für den Haushalt „keine überragende Bedeutung“ gehabt. Doch 1988 machte das Unternehmen noch einen Umsatz von 33 Millionen Mark.

Lange Zeit war in Dreieich das Gewicht der Vorwürfe gegen die Laborfirma

unterschätzt worden. Als 1984 in der *New York Times* die erste Veröffentlichung erschien, mutmaßte der damalige Bürgermeister Hans Meudt (CDU), der das Unternehmen 1970 nach Buchschlag geholt hatte, öffentlich, hinter den Anschuldigungen steckten amerikanische Konkurrenzbetriebe.

Inzwischen haben sich die politischen Verhältnisse geändert, im Stadtparlament besteht eine rot-grüne Mehrheit. Die setzte gegen den Widerstand der CDU eine Resolution durch, in der die „skandalösen Exportgeschäfte mit dem Irak“ offiziell als „ungeheuerliche Verbrechen gegen die Menschheit“ angeprangert werden.

Vielen Bewohnern sind die Vorgänge im Industriegebiet jedoch herzlich egal. Erst Giftmüll, dann Giftgas – in Dreieich wollen die meisten Bürger von den Skandalen, die den Ruf der Stadt ram-

poniert haben, nichts hören und sehen; selbst die evangelische Kirche, die sonst zu allem etwas zu sagen hat, gibt sich merkwürdig zugeknöpft. Helmut König etwa, Pfarrer von Dreieich-Buchsschlag, lehnt jede Stellungnahme ab. Aus „seelsorgerischen Gründen“, so sein Kommentar, wolle er „in diesen Tagen lieber schweigen“.

Die Dreieicher sind zur Tagesordnung übergegangen. Im Jugendtreff „Endstation“ im alten Bahnhof von Buchschlag ist die nahegelegene Firma Kolb kein Thema. Im Gasthaus „Alte Burg“ stimmen angeschickerte Mitglieder eines Gesangsvereins nach Diskussionen über den Golfkrieg „Ein Prosit der Gemütlichkeit“ an.

Professor Fritz Stier, Vorsitzender des Geschichts- und Heimatvereins Dreieichenhain, hat die Stimmung der Mehrheit auf den Punkt gebracht. „Was hat der Ort mit den Geschäften einer Firma zu tun?“ fragt der Brauchtumspfleger. „Ich sehe da keinen Zusammenhang.“

Wagt jemand, die Harmonie zu stören, kriegt er schnell Hiebe – wie Michael Steinbach, Vorsitzender des CDU-Ortsverbandes Dreieich-Offenthal. Der Freizeitpolitiker war mit dem Vorschlag herausgeplatzt, die Gewerbesteuer der Firma Kolb den Opfern irakischer Raketenangriffe zu spenden.

Parteifreund und Bürgermeister Abeln nannte die Idee „unangebracht und undurchführbar“ und verwies, ganz Verwaltungsjurist, auf das „Steuergeheimnis“. Werner Müller, Sozialdemokrat und Erster Stadtrat, hatte noch Vernichtenderes einzuwenden.

Der Plan des Christdemokraten, kritisierte der Sozi, könnte „von grünen Fundis“ stammen.

Rüstungsexporte

Knacker für Kaschmir

Trotz aller Proteste gegen Rüstungsexporte: Bonn läßt weiter Waffen in Krisengebiete liefern.

Die Manager der Ottobrunner Waffenschmiede Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) waren verärgert. Die Bundesregierung drohte ihnen ausgerechnet das Geschäft mit Indien zu vermasseln, dem größten Waffenimporteur der Welt.

Viel Geld und dicke Anschlußaufträge standen auf dem Spiel. Die französische Firma Euromissile (MBB-Anteil:

50 Prozent) hatte mit dem Verteidigungsministerium in Neu-Delhi einen Vertrag über die Lizenzfertigung von 12 000 Milan-Panzerabwehrraketen geschlossen.

Weil sich aber im Frühjahr 1990 in Kaschmir, der zwischen Pakistan und Indien geteilten Grenzprovinz, Truppen beider Länder fast täglich Scharmützel lieferten, wurde der Bonner Regierung die Sache zu heiß. Das Auswärtige Amt stoppte das Projekt. Die Zustimmung wurde vorläufig verweigert.

Doch so rasch gibt ein Riese wie MBB (6,3 Milliarden Mark Umsatz, 22 000 Beschäftigte) nicht auf. Letzten Monat stauten sich in Bonn fünf Anträge der Daimler-Benz-Tochter MBB auf Fortsetzung des Raketen-Projekts mit Indien. Bonn stimmte der Lieferung in die Krisenregion zu – und das zu einem

denkwürdigen Zeitpunkt: Der Krieg am Golf war gerade eine Woche alt.

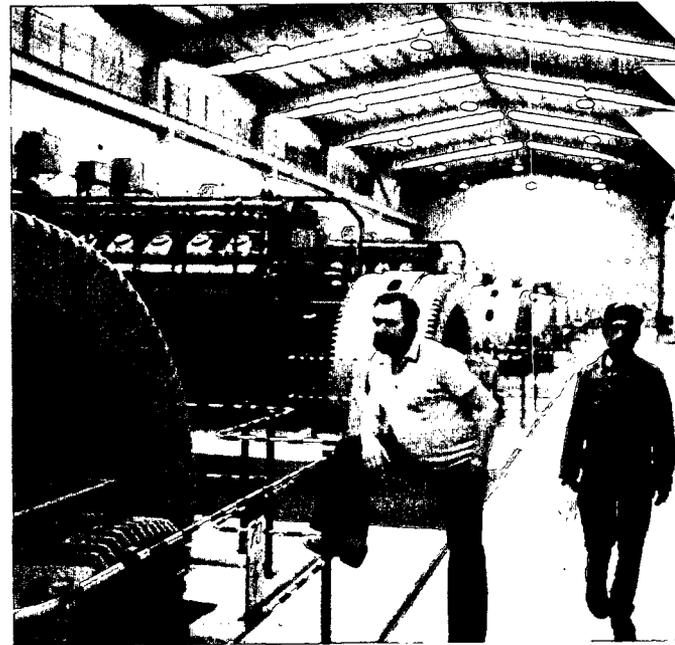
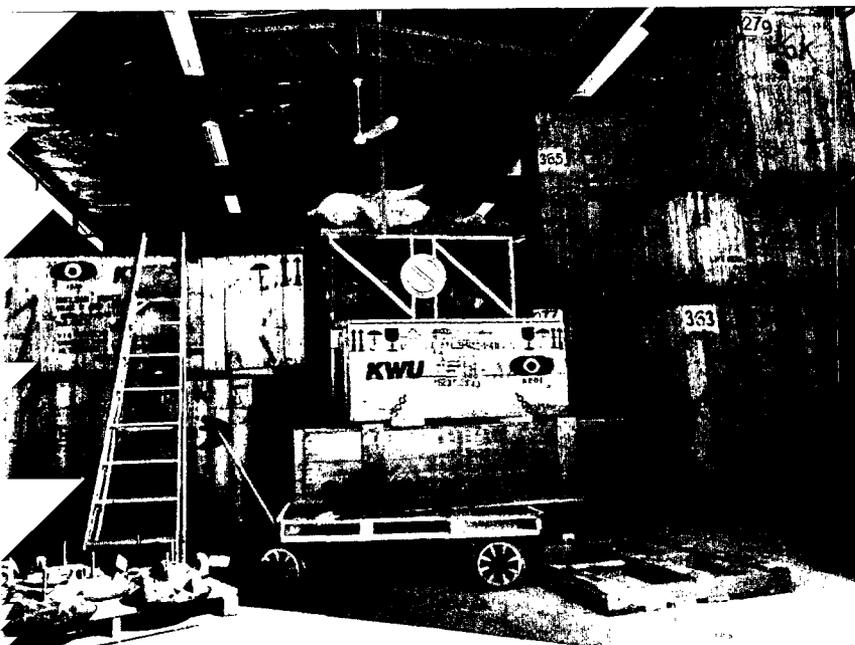
Obwohl Indien im Januar seine Truppen in Kaschmir in höchste Alarmbereitschaft versetzt hatte, wollte Bonn plötzlich Hinweise auf „ein Nachlassen der Spannungen“ erhalten haben. Nach Verständigung zwischen

Wirtschaftsministerium und Auswärtigem Amt bekam MBB die Genehmigung zur Fortsetzung des bereits 1981 vereinbarten Waffendeals.

Ganz wohl war den Regierenden dabei offenbar nicht. Bei der Genehmigung wurde schamhaft die



Exportschlager Milan: Augenzwinkernde Kumpanei



KWU-Lagerhalle im iranischen Buschih, Atomkraftwerk Buschih: Nächster Sündenfall der Bonner Politik?